



**CDU** FRAKTION IM RAT  
DER STADT AACHEN

**Ratssitzung am 01. Februar 2023**

# **Haushaltsrede**

**Iris Lürken**

**Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung,

da man sich ja über die Jahre kennt, weiß ich, dass viele von Ihnen Kinder haben. Deshalb gehe ich davon aus, dass Sie auch gut verstehen können, was ich gleich ausführe. Aber lassen Sie mich zunächst ein wenig ausholen – ich komme später darauf zurück.

Als CDU haben wir seit 2009 jeden Haushalt mitgestaltet und mitgetragen. Wir sind ein Garant für Stabilität und Sicherheit – auch in Krisen. So verstehen wir uns und unsere Arbeit. Für uns ist es wichtig, für die Menschen da zu sein, ihnen zu helfen und gemeinsam mit ihnen Aachen zu gestalten. Zu jeder Zeit!

Sie, liebe Frau Grehling, haben einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der die Grundlage für Stabilität und Sicherheit bietet. Dafür möchten wir Ihnen und Ihrem Team ausdrücklich danken.

Erstmals enthält der Entwurf aber auch bewusst Lücken! Denn Sie haben uns als Rat in Ihrer Haushaltsrede klare Aufgaben mitgegeben: Wir sollen die Risiken bewerten und Luft im Haushalt dafür schaffen. Wir sollen entscheiden, welche Projekte warten und welche jetzt angepackt werden müssen. Denn die politische Entscheidung, wo Prioritäten zu setzen sind, das ist nicht die Aufgabe der Kämmerin – das ist Aufgabe des Rates. Genau genommen: Der Ratsmehrheit.

In den ersten Ausschussberatungen zum Haushalt dachten wir noch, dass genau diese Prioritäten gesetzt werden, dass Grün-Rot die Risiken für den Haushalt erkannt hat. Aber spätestens als dringend notwendige Maßnahmen zum Hochwasserschutz abgelehnt wurden, sind wir eines Besseren belehrt worden. Dabei hätte unser Förderprogramm für mehr privaten und vorbeugenden Hochwasserschutz weniger als ein Fünftausendstel des Haushaltsvolumens ausgemacht. Doch es wurde genauso abgelehnt wie die Fortschreibung der Stelle für Hochwasserschutz und Klimafolgenanpassung. Das hätte den vielen betroffenen Menschen in Aachen helfen können, die Folgen einer Katastrophe, wie bei der Flut im Sommer 2021, zu mildern. Liebe Grüne, das ist nicht mutig – das ist leichtsinnig.

Offensichtlich spielen Stabilität und Sicherheit für die grün-rote Ratsmehrheit keine große Rolle. Dabei brauchen die Menschen Stabilität und Sicherheit. Gerade in diesen Zeiten, in denen ein Krieg mitten in Europa unser Sicherheitsgefüge so massiv in Frage stellt. Gerade in diesen Zeiten, in denen die Menschen sich um die Zukunft sorgen. Gerade in diesen Zeiten, in denen die Inflation dazu führt, dass viele Familien ihren Lebensstil einschränken müssen und manche gar nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen.

Wir müssen die Menschen unterstützen und ihnen zeigen, wo sie Hilfe bekommen können. Gerade niedrigschwellige Sozialberatung könnte den Menschen helfen, den Zugang zu den vorhandenen Hilfen von Stadt, Land und Bund auch zu finden. Im Sozialausschuss wurden unsere Haushaltsanträge für eine Kümmerei vor Ort in Driescher Hof/Forst aber rigoros abgelehnt. Auch der Zuschussfonds bei den freien Trägern für alltägliche Dinge, wie warme Jacken oder Winterschuhe, wurde von Grünen und SPD vom Tisch gefegt. Im grün-roten Koalitionsvertrag findet man das Wort „sozial“ eben nur in der Überschrift, ohne eigenes Kapitel. Jetzt weiß ich auch warum!

Stattdessen legt Grün-Rot einen besonderen Fokus auf neue Planungen und neue Konzepte, unzählige Workshops und Reallabore, für die energetische Sanierung des Welthauses an der Schanz, für rote Fahrradstraßen, für ein Pilotprojekt Menstruations-Hygieneprodukte, für Anträge von Organisationen, die es derzeit noch nicht mal gibt. Das kann man sicher alles machen. Die Frage ist nur: wem hilft es?

Den Familien, die in Armut leben, den Menschen, die sich fragen, wie sie ihre nächste Stromrechnung bezahlen sollen – denen hilft das sicher nicht.

Wir wissen, dass Ihnen inklusive, diverse, emissionsfreie Projekte wichtig sind. Warum dann aber ein ÖPNV-Angebot innerhalb des Grabenrings abgelehnt wird, durch das sich alle Menschen barrierefrei in der Innenstadt fortbewegen könnten, bleibt uns ein Rätsel.

Dabei stellt sich dann auch die Frage, wann diese neuen Planungen und Konzepte jemals umgesetzt werden sollen. Denn bereits jetzt schieben wir Jahr für Jahr mehr als 200 Mio. Euro ins darauffolgende Jahr. Wir türmen damit Projekte auf, die nicht umgesetzt werden – aus welchen Gründen auch immer. Hier hätte man ausmisten sollen. Das hatte die Kämmerin genauso angemahnt wie die Überprüfung der städtischen Investitionsvorhaben. Die Mehrheitsfraktionen hatten die Aufgabe, die Projekte zu streichen, die sowieso nicht mehr

realisiert werden. Dadurch müssten auch Mitarbeitende der Verwaltung keine wertvolle Zeit auf Themen verschwenden, die ohnehin in der Schublade landen. Wenn man das nicht macht, führt das genau zu den Problemen, die wir letztes Jahr erlebt haben: Die Verwaltung verzettelt sich, und wir verlieren 5,5 Mio Euro Fördermittel. Oder um es mit Ihren Worten zu sagen, liebe Mehrheitskoalition, „wir haben sie nur einfach nicht bekommen“.

Apropos, Investitionen. Da verspricht die Oberbürgermeisterin den Ladies in Black eine neue Halle, und auch der ALRV soll bedient werden. Beides nachvollziehbare, wichtige Projekte! In der Zeitung sagt die Oberbürgermeisterin selbst, dass sie das Thema in 2023 ganz prioritär angehen will. Aber woher sollen denn die Millionen kommen, um diese Versprechen in die Tat umzusetzen? Aus diesem Haushalt jedenfalls nicht, denn da steht nichts Entsprechendes drin. Und auch nicht aus dem Strukturwandel für das Rheinisches Revier. Denn dort ist das Projekt durchgefallen. Das weiß die Oberbürgermeisterin auch, verschweigt es aber lieber. Ist das ehrliche Politik?

Mit den Ladies in Black, dem ALRV, dem CHIO und der Alemannia identifizieren sich viele Menschen in Aachen. Doch unsere Aushängeschilder brauchen auch gute Rahmenbedingungen. Echte Unterstützung statt leerer Worte und gemeinsam mit allen nach realistischen Lösungen suchen. Das gibt Stabilität und Sicherheit!

Und genau die können auch die vielen Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung von uns erwarten. Die Arbeitsbelastung ist jetzt schon immens, und der weiter zunehmende Fachkräftemangel verschärft die Situation immer mehr. Daher ist auch der Wunsch nach Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst von Seiten der Gewerkschaften nachvollziehbar. Was aber nicht mehr nachvollziehbar ist, ist die Rolle der SPD. Mit uns im Rat sitzt, als Ratsherr der SPD, Mathias Dopakta, seines Zeichens Gewerkschaftssekretär für die Aachener Region bei Verdi. Also in verantwortlicher Position bei genau der Gewerkschaft, die mit effektiv 14 bis 15% mehr in die Verhandlungen gegangen ist. Er ist derjenige, der hier vor Ort Streiks organisieren wird, um mehr Geld herauszuholen. Und genau seine SPD plant zusammen mit den Grünen für den städtischen Haushalt nur 1% Tariferhöhungen ein. Ich käme mir da als Mitarbeitende ganz schön verschaukelt vor. Und seien wir mal ehrlich: unter 5 % wird es keinen Tarifabschluss geben.

Haben Sie sich einmal gefragt, warum Grüne und SPD bewusst das Thema ignorieren? Sie haben es garantiert genauso durchgerechnet wie wir. Und ihnen ist garantiert genauso aufgefallen, dass bereits bei einem Tarifabschluss von 3 % mehr Lohn und Gehalt dieser Haushalt so nicht mehr genehmigungsfähig wäre. Die Kämmerin hat von Anfang an gefordert: Risiken bewerten und Konsequenzen ziehen. Denn ohne einen genehmigungsfähigen Haushalt, gibt es weder Unterstützung noch Kultur, weder Investitionen noch beitragsfreies Kitajahr. Um das Ganze noch zu toppen, genehmigen sich Grüne und SPD noch eben weitere Stellen für schlappe 24 Mio. Euro im Jahr. Das ist nicht Mut – das ist Übermut. Stabilität und Sicherheit sieht anders aus.

Am Anfang habe ich über unsere Kinder gesprochen. Darauf möchte ich jetzt zurückkommen. Auch ich habe Kinder. Mir ist es wichtig, dass diese in einer stabilen Umgebung aufwachsen, dass sie in einer sicheren und gerechten Welt leben. Mir ist es wichtig, dass unsere Kinder auch morgen noch eine Zukunft haben und diese selbst gestalten können.

Die Realität sieht aber anders aus. Denn Grüne und SPD nehmen Schulden auf, die unsere Kinder und Enkelkinder die nächsten 50 Jahre zurückzahlen müssen. Das Land hat während der Corona-Krise ein Instrument erarbeitet, um den Kommunen in der absoluten Not zu helfen. Und auch in der jetzigen Ukraine-Krise gibt es Kommunen, die so massiv belastet sind, dass sie diese Hilfe brauchen. Doch wir gehören eigentlich nicht dazu. Unsere Aachener Wirtschaft ist stabil. Wir planen mit steigenden Gewerbesteuereinnahmen trotz der Krise. Dafür haben wir in den letzten Jahrzehnten die Grundlagen gelegt. Früher haben unsere Eltern und Großeltern Sparbücher für Kinder und Enkelkinder angelegt. Heute legen Grüne und SPD Hypotheken auf die Häuser, in denen unsere Kinder später leben sollen.

Wir sollten, wie alle anderen auch, den Gürtel etwas enger schnallen. Hoffen Sie etwa, dass Sie die Tarifsteigerungen ebenfalls der Ukraine-Krise anlasten können? Hoffen Sie etwa, dass Sie das alles in den Schattenhaushalt auf Pump verschieben können? Hoffen Sie etwa, dass Sie damit aus der Nummer raus sind, wenn unsere Kinder und Enkel dafür zahlen müssen? Ich hoffe nicht. Denn wer mit Tränchen in den Augen bei jeder Gelegenheit von Nachhaltigkeit spricht, sollte daran auch bei der Belastung unserer Kinder und Enkelkinder denken.

Und die Oberbürgermeisterin und ihre grüne Fraktion? Verlieren nicht ein Wort darüber, dass hier ein Haushalt geplant ist, von dem schon jetzt klar ist, dass er so nicht funktionieren wird! Denn wer ehrlich zu sich selbst und den Menschen in unserer Stadt ist, weiß, dass uns so ein Haushalt über kurz oder lang um die Ohren fliegen wird. Wollen Sie die Bürgerinnen und Bürger bewusst täuschen oder verstehen sie es schlicht selbst nicht?

Glauben Sie ernsthaft, dass wir, die wir seit Jahrzehnten für Stabilität und Sicherheit stehen, einem solchen Haushalt zustimmen würden?

Ganz sicher nicht! Denn wir haben den Mut „Nein“ zu sagen zu Ihrem Glücksspiel.

Doch noch ist der Zug nicht abgefahren, Sie haben noch die Chance, Ihre Fehler zu korrigieren und einen Haushalt zu schaffen, der auch der Realität entspricht. Schon in zwei Wochen treffen wir uns wieder hier im Ratssaal. Vertagen Sie heute den Haushaltsbeschluss. Nutzen Sie die Zeit für eine zukunftsichere Überarbeitung des Haushaltes. Nutzen Sie die Ressourcen der Kämmerei. Und legen Sie sich nicht mit einem Schirmchendrink in den Liegestuhl der Koalition. Übernehmen Sie Verantwortung!

Sorgen Sie für Stabilität und Sicherheit – und nicht nur für eine Illusion!